

Die Zukunft der Schweizer Sozialpolitik : Tagung 22. November 2012 im Verkehrshaus in Luzern

Autor(en): **Keller, Jan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Sonos / Schweizerischer Verband für Gehörlosen- und
Hörgeschädigten-Organisationen**

Band (Jahr): **107 (2013)**

Heft 2

PDF erstellt am: **05.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-923834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Zukunft der Schweizer Sozialpolitik, Tagung 22. November 2012 im Verkehrshaus in Luzern

Text: Jan Keller, Direktor für Gehör und Sprache Zürich und Vorstandsmitglied sonos

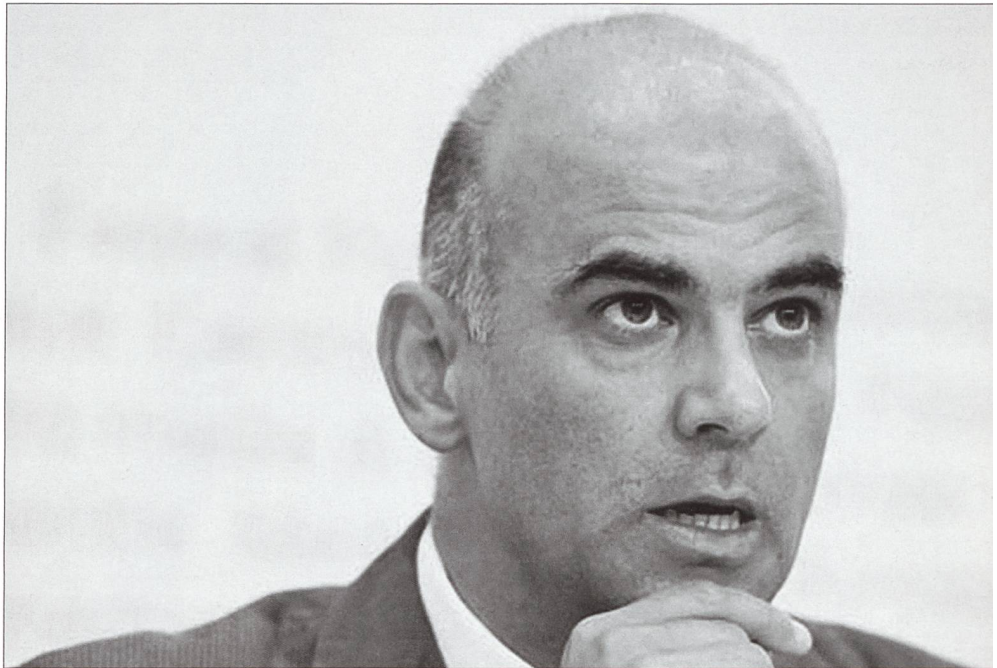
- IV-Revisionen 5, 6a, 6b
- AHV-Revision
- Sanierung Arbeitslosenversicherung
- Krankenversicherungsgesetz, Stopp dem Anstieg Gesundheitskosten
- Pflegekostenversicherung im Alter
- usw.

Kein Zweifel, die Sozialwerke, deren Ausgestaltung und Finanzierung, stehen in der politischen Agenda weit oben. Jede/Jeder ist betroffen, entsprechend hoch emotional wird in der Regel auch die Diskussion geführt. Am Beispiel der Ankündigung der Eckwerte der geplanten Renten-Revision (AHV und BVG, Bundesrat A. Berset im Dezember 2012) sowie einiger Kommentare dazu zeige ich dies exemplarisch auf. In Stichworten werde ich anschliessend einige grundlegende Aussagen und Denkmodelle zur Sozialpolitik aus der Fachtagung anfügen.

Rentenrevision geplant

Alain Berset, Sozialminister, will die Reform der AHV und der 2. Säule in einer Botschaft vereinen durch:

- 1. Angleichung des Rentenalters für Mann und Frau**
 - Umfrageresultat Anhebung Rentenalter Frauen von 64 auf 65 (aus Tagesanzeiger)
- 2. Flexibilisierung des Rentenalters**
 - Anhebung des frühestmöglichen Pensionierungsalters
 - Anreize schaffen für Arbeiten bis effektives Rentenalter oder darüber hinaus Werbung
- 3. Anpassung der Beiträge und Leistungen an veränderte Wirtschaftslage**
 - Geht es der Wirtschaft schlechter, sollen die Renten gekürzt und die Beiträge erhöht werden. Gleichzeitig will er neue Finanzierungsquellen (z.B. Mehrwertsteuer) und einen Steuerungsmechanismus (Schuldenbremse) prüfen



Bundesrat Alain Berset.

4. Reform der 2. Säule

- Der Umwandlungssatz soll einem «adäquaten Niveau» angepasst werden. Konkret ist damit eine Senkung des Umwandlungssatzes auf 6,4 Prozent oder sogar auf 5,8 Prozent gemeint

Das Volk soll 2018 darüber abstimmen können

Die letzten Abstimmungen zu den AHV und BVG-Revisionen wurden durch das Volk abgelehnt (Argumente wie Rentenklau, Unausgewogenheit etc.)

Kommentare aus dem Internet zu den vorgeschlagenen Massnahmen:

- Sicher ist, dass das Volk noch tiefere Renten keineswegs goutieren wird und anlässlich der diesbezüglichen Abstimmung einem Rentenklau vorbeugen wird. Warum wird nicht vorerst mehr Transparenz in die Verwaltungskosten gebracht? Auf Kosten der PK-Versicherten werden nämlich enorme Gewinne generiert und der Bundesrat hilft mit der Senkung der PK-Verzinsung zusätzlich noch kräftig mit! «KLAU!»

– Die Menschen werden älter. Deshalb müssen sie länger arbeiten. FALSCH. Wer will von einem 75 Jahre alten Chirurgen operiert werden? Oder in einem Flugzeug fliegen das von einem 80 Jahre alten Pilot pilotiert wird? Oder ein Haus von einem 100-jährigen Maurer bauen lassen. Das Leben für Rentner muss BILLIGER und erschwinglicher werden! Abbezahltes Wohneigentum könnte dazu verhelfen. Leben nur um zu arbeiten?

– Mehr Geld für die Bildung ist auszugeben. Aber Tatsache ist doch, dass diese Hilfen erst in vielen Jahren Erfolg zeigen würde. Aber die Armut besteht jetzt, die Leute leiden jetzt unter den Kürzungen. Und auf den Sozialämtern wird jetzt die Würde des Menschen mit Füßen getreten. Machen sie sich Herrn Berset einmal Gedanken über das bedingungslose Grundeinkommen: Schaffen sie so die Armut ab

Aber sicher doch arbeiten wir Frauen bis 65, und sogar länger – nur: wo sind die Arbeitsplätze? Für ALLE von uns?

Solang die Arbeitsplätze fehlen, wird nur zu Lasten der Sozialämter umgeschichtet, damit im einen Dossier die Zahlen besser dastehen. Arbeitsplätze für ALLE brauchen wir, auch für jene mit IV oder mangelnder Ausbildung. Damit lösten sich viele Probleme von alleine

Fazit Vorschläge Rentenreform

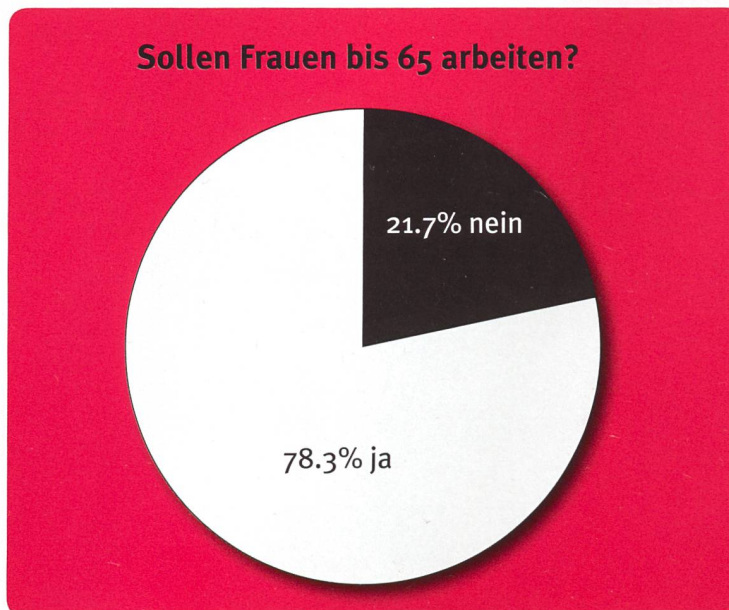
Die komplexen Ausgangslagen, längerer Rentenbezug, Veränderung der Demografie sind bekannt und werden in der Regel auch verstanden. Schwieriger wird es aber, wenn konsensfähige Massnahmen getroffen werden müssen. Je nach politischem Standpunkt und Einsicht in die Zusammenhänge werden unterschiedliche Massnahmen favorisiert. Die Debatte wird intensiv und hart geführt werden zwischen den Parteien, Interessengruppierungen und Verbänden.

Zukunft der schweizerischen Sozialpolitik, Informationen über die Tagung vom 22. November 2012 in Luzern

Die sozialen Sicherungssysteme gehören zu den wichtigsten Errungenschaften moderner Gesellschaften. Sie schützen die Menschen vor den wesentlichen Risiken und Wechselfällen des Lebens und garantieren eine minimale Existenzsicherung. Seit einiger Zeit jedoch macht sich ein grosser Teil der Bevölkerung Sorgen um die künftige soziale Absicherung. Dafür verantwortlich ist nicht nur die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise. Eine wesentliche Ursache für die wachsende Unsicherheit sind tief greifende gesellschaftliche Umbrüche.

Zentrale Merkmale dieses gesellschaftlichen Wandels stellen die Flexibilisierung oder die Entgrenzung von Erwerbsarbeit, Familie und Geschlechterrollen dar. Traditionelle Lebens-, Arbeits- und Geschlechterrollen lösen sich auf. Das führt zu Chancen und neuen Freiräumen, ist aber auch mit steigenden Risiken des individuellen Scheiterns und sozialer Unsicherheit verbunden.

Was bedeuten diese gesellschaftlichen Veränderungen für die Ausgestaltung der künftigen Sozialpolitik? Wie kann angesichts des gesellschaftlichen Wandels auch in Zukunft allen Menschen eine soziale



Absicherung und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben garantiert werden? Und wie kann die Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft verbessert werden? Der Luzerner Kongress Gesellschaftspolitik versucht, auf diese Fragen eine Antwort zu geben.

An der Tagung Ende November 2012 wurde eine Fülle von Meinungen, Denkansätzen und Studien präsentiert. Auf eine vereinfachende und allenfalls auch populistische Antwort auf die komplexen Ausgangslagen wurde verzichtet. Folgende Aussagen zeigen exemplarisch auf, wie politisch heikel und unterschiedlich die «Machbarkeit» von Veränderungen am aktuellen System eingeschätzt wird:

Fakten:

– Die Gesamtausgaben für Sozialleistungen im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt haben seit 1990 von 25% auf ca. 30% zugenommen. Bei den Ausgaben der öffentlichen Hand macht dies 39.2% aus, davon ca. 44% für Altersrenten, 27% für Gesundheit und 11% für Invalidität. Diese prozentualen Anteile sind in den letzten 20 Jahren stabil geblieben

Politik:

– Ein radikaler Umbau des Systems der Sozialen Sicherheit birgt die Gefahr einer langdauernden politischen Blockade
 – punktuelle Verbesserungen (Ergänzungsleistungen für Familien, Alimentenhilfe usw.) bleiben politisch umstritten
 – Es gibt Bevölkerungsgruppen, welche stärker von Armut bedroht sind. Insgesamt

garantiert das System der Sozialen Absicherung aber eine gute Absicherung

Alter:

- Ungleichheit im Alter und Heterogenität des Alterns (biologisches, kalendarisches soziales und administratives) erlauben keine generellen Lösungen, sondern erfordern flexible, zielgruppenspezifische Ansätze
- Sicherung einer hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männer aller Lebensalter durch:
 - eine leistungsorientierte Salär- und Anstellungspolitik (gleicher Lohn für gleiche Leistung)
 - Einführung der Individualbesteuerung
 - Beseitigung von Anreizen zur Frühpensionierung
 - Förderung der Altersarbeit
 - Förderung des Verbleibs im Arbeitsprozess durch flexible Arbeitszeiten, Auszeiten, Erwerb neuer Qualifikationen und den sich wandelnden Fähigkeiten angepassten Tätigkeiten

Gemeinwirtschaftliche Tätigkeit:

- Stärkung der Selbständigkeit und Aufwertung der Sorgearbeit durch Entlastungsdienste für pflegende Angehörige
- Ausdehnung von Betreuungsgutschriften auf unverheiratete LebenspartnerInnen usw.
- Abgeltung von Betreuungsleistungen auf jene, die sie erbracht haben

Lösungsansätze:

- Sozialpolitisch zukunftssträftig – soziale Netze erhalten/fördern/koordinieren (unbezahlte Freiwilligenarbeit, Erziehungs-

- arbeit, Pflege etc.) durch gemässigte Unterstützung ohne hohe Regelungs-dichte und externe Kontrollen
- verbesserte Zusammenarbeit von Sozial-politik, Bildungspolitik und Steuerpolitik

Forderung umstritten:

- Einführung des bedingungslosen Grund-einkommens oder einer Erwerbseinkom-mensversicherung

Fazit Tagung

Denkmodelle und Handlungsansätze sind genügend vorhanden. Die Informationsge-staltung beziehungsweise Kommunikation mit der Bevölkerung sind Schlüssel zur erfolgreichen politischen Umsetzung. Es braucht einen umfassenden Blick auf sämtliche gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen, um zukunftsfähige und «gerechte» Lösungen umsetzen zu können (Generationensolidarität, Entwicklung der Wirtschaft, Demographie und Auswirkungen, Selbständigkeit und Beteiligung sämtlicher Bevölkerungsgruppierungen, Erbringung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen, Standortfaktoren Schweiz). Und, Komplexität erfordert ein wachsames, kritisches und offenes Verständnis sämtlicher Akteure für die Zusammenhänge.

sonos und Sozialpolitik

Auszug aus der Strategie, Geschäftsfeld zwei – Sozial- und Gesellschaftspolitik:

«Die Sozialpolitische Kommission von sonos bezweckt mit Schwergewicht auf Bundesebene vermehrt politischen Einfluss zu nehmen. Durch Vernetzung mit andern Verbänden des Hörbehindertenwesens sollen gemeinsame Stossrichtungen entwickelt und vertreten werden. Für den längerfristigen Ausbau dienen verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Medien, Dokumentierung von Politikern, Einsatz von elektronischen Hilfsmitteln.»

- sonos koordiniert die sozialpolitische Kommission der Verbände im Hörbehindertenwesen (sonos, pro audio, SGB-FSS, SVEHK, LKH). Sie dient vor allem dem Informationsaustausch sowie der Koordination von Vorstössen unter den fachverwandten Organisationen. Einfluss auf die Bundespolitik wird genommen über die Vertretungen in den übergreifenden Dachorganisationen der Behinderten-(selbst)hilfe DOK oder AGILE.

- Sozialpolitische Themen wurden an den Delegiertenversammlungen aufgenommen und diskutiert.
- Sozialpolitische Themen werden regelmässig im sonos-Heft publiziert.

Sozialpolitik aktuell

- IV-Revision 6b: Die Verbände im Hörbehindertenwesen tragen solidarisch die Anliegen der weiteren Behindertenverbände mit. Die Auswirkungen der Revision 6b auf unsere Klienten werden als nicht gravierend eingeschätzt
- Artikel 74 IVG: Das Einfrieren der Beiträge der IV an die Behindertenorganisationen für sogenannte LUFEB-Leistungen (Leistungen im Umfeld der Behinderung, also Öffentlichkeitsarbeit u.ä.m.) hat zur Folge, dass deren Entwicklungsarbeit eingeschränkt wird und neue Finanzierungsquellen erschlossen werden müssen (betrifft bei uns die sonos-Geschäftsstelle und die Gehörlosenfachstellen). Ungewiss ist, wie die Handhabe der Beiträge in der nächsten Beitragsperiode 2015 bis 2018 ausfallen wird

- UNO-Konvention: Die Ratifizierung wird gefordert. Die positive Botschaft des Bundesrates wird begrüsst und die Behandlung im Parlament wird aufmerksam verfolgt. Aktiv und in Stellvertretung für die Behindertenorganisationen lobbiert Egalité Handicap bei den politischen Organisationen und Parteien

